



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 20. Februar 2019  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

Robert Lambrou (AfD)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 22:00 Uhr**

---

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Entschuldigt:**

Stv. Denzer

vertreten von Stv. Pfeifer

Stv. Egert

vertreten von Stv. Volk-Borowski

Stv. Enders

vertreten von Stv. Diers

Stv. Mensching

vertreten von Stv. Schwalbach

Stv. Schulz

vertreten von Stv. Dr. Lork

Stv. Temmen

vertreten von Stv. Ruf

Stv. Wallmann

vertreten von Stv. Dr. Völker

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### Tagesordnung

#### 0032      Tagesordnung

Die Reihenfolge der Beratung wird wie folgt festgelegt:

1. Punkt 6 wird vorgezogen und als 1. Punkt beraten (einstimmig angenommen).  
Danach erfolgt die Beratung der Punkte (ehemals) 1, 2, 4 und 5.  
Der alte Punkt 3 wird als letzter Punkt aufgerufen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Herr Oberbürgermeister Gerich darum gebeten hat, dass Herr Buch eine Erklärung zur Funktionsfähigkeit des Revisionsamtes abgeben möchte, da es hierzu einen Bericht in der Tagespresse gegeben hat. Diese Erklärung soll nach Beratung von Punkt 6 und 1 vor der Beratung von Punkt 2 erfolgen.
3. Vors. Lambrou weist auf § 52 Abs. 1 HGO hin. Hier ist geregelt, dass die Beratung, ob ein Punkt öffentlich oder nichtöffentlich beraten werden soll, in nichtöffentlicher Sitzung geführt wird.
4. Die Beratung der Punkte 4 und 5 werden am Ende der Sitzung aus Zeitgründen auf die Sitzung des Revisionsausschusses am 20.03.2019 vertagt.

Einstimmig angenommen

#### 0033      19-F-05-0008

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Vergabe der Kurhausgastronomie und Spielbankkonzession, sowie zur Vergabe der Gastronomie des RMCC  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.02.2019 -

Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2019 gestellt und zur Beratung in der Sondersitzung des Revisionsausschusses am 20.02.2019 vorgesehen. Inhaltlich wird in dem Antrag der FDP auf Funktionen des Outlookkalenders abgestellt, nicht auf die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses.

Herr Rößler (WIVERTIS) ist zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend und berichtet über die Funktionen des Outlook-Kalenders und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Antrag ist lt. Mitteilung der Antrag stellenden Fraktion durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache erledigt.

## Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 20. Februar 2019

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0034**      **18-F-02-0009**

Beziehung zwischen Oberbürgermeister Gerich und der Unternehmerfamilie Kuffler  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018 -

Herr Bendel (ehemaliger Stadtrat), Herr Wossidlo (ehemaliger Betriebsleiter TriWiCon) und Herr Michel (Betriebsleiter TriWiCon) sind in der Sitzung anwesend. Es ist unklar, warum Herr Ebel-Waldmann, der auf Wunsch der FDP-Fraktion ebenfalls von Dezernat II eingeladen werden sollte, nicht anwesend ist.

Die Abläufe rund um den Besuch bei Herrn Kuffler in seinem Gastronomiebetrieb im Frankfurter Flughafen mit Mittagessen und Besichtigung der Küche, die Teilnahme verschiedener Personen an diesem Gespräch, mögliche Gespräche über Vergabe der Gastronomie im RMCC, die Beauftragung von Beraterfirmen usw. werden eingehend diskutiert.

Stv. Ruf schlägt vor, die weitere Beratung zu vertagen und die sachliche Aufklärung weiter zu betreiben, wenn der Revisionsbericht zu diesem Thema vorliegt.

Stv. Kienast-Dittrich beantragt Ende der Redeliste (einstimmig angenommen).

Danach ergreift als letzter Redner auf der Liste Stv. Preinl das Wort, spricht allerdings nicht zu dem laufenden Thema, sondern möchte gern wissen, ob sich das Gutachten mit einer privaten oder dienstlichen Angelegenheit auseinandersetzt. Nach seiner Auffassung bezieht sich das Gutachten, das von der Landeshauptstadt Wiesbaden beauftragt wurde, auf eine private Angelegenheit des Oberbürgermeisters. Seine Fragen, die in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gestellt wurden, seien immer noch nicht beantwortet.

Durch den Redebeitrag von Stv. Preinl entsteht eine Diskussion darüber, ob die Redeliste geschlossen ist, ob sie wieder eröffnet wird, weil ein neues Thema angesprochen wurde usw.

Stv. Volk-Borowski beantragt, den Antrag, aber nicht das Thema als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Es schließt sich eine weitere Geschäftsordnungsdebatte aus, zu deren Beginn Stv. Hasemann-Trutzel darauf hinweist, dass die Debatte zum Thema OB Gerich/Kuffler für heute erledigt sein sollte und die Diskussion bei Vorliegen des Revisionsberichtes weitergehen sollte.

Stv. Ruf kündigt eine persönliche Erklärung an, von der sie zu einem späteren Zeitpunkt keinen Gebrauch macht.

Stv. Schwalbach beantragt Wiedereröffnung der Debatte, weil ein neues Thema angesprochen wurde.

Stv. Volk-Borowski stellt noch einmal klar, dass der Antrag als durch Aussprache für erledigt erklärt werden soll und weist darauf hin, dass sich seine Fraktion zum Geschäftsordnungsantrag verhalten möchte.

Stv. Hasemann-Trutzel hält eine Gegenrede zum Antrag von Stv. Volk-Borowski und weist darauf hin, dass er einer Erledigung des Antrages nicht zustimmen kann. Wenn die Mehrheit den Antrag für

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 20. Februar 2019

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

erledigt erklären sollte, kann ein Antrag gleichen Inhalts erst nach 3 Monaten erneut gestellt werden. Dies

dürfte zu Kollisionen führen, wenn der Revisionsbericht, wie angekündigt, zur regulären Sitzung des Revisionsausschusses am 20.03.2019 vorliegen sollte.

Stv. Volk-Borowski berichtet, dass nicht das Thema, sondern nur der Antrag für erledigt erklärt werden soll.

Stv. Hasemann-Trutzel schlägt vor, die Angelegenheit als eingebracht zu betrachten und weist darauf hin, dass es jahrelange Verwaltungspraxis war, dass der Magistrat Beschlüsse der Ausschüsse umgesetzt hat. Jetzt legt die Verwaltung ein Gutachten vor und von der geübten Praxis soll abgewichen werden.

Stv. Ruf verzichtet auf ihre persönliche Erklärung.

Stv. Volk-Borowski stellt erneut den Antrag, den Antrag, nicht aber das Thema für erledigt zu erklären. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von SPD und L&P abgelehnt.

Der Antrag von Stv. Schwalbach auf Wiedereröffnung der Redeliste wird gegen die Stimmen der FDP bei Enth. von SPD, Grüne und L&P abgelehnt.

Die Diskussion über die Beziehung zwischen Oberbürgermeister Gerich und der Unternehmerfamilie Kuffler wird nach Vorliegen des Berichts des Revisionsamtes wieder aufgenommen.

Einstimmig

Herr Buch gibt vor Beratung von Punkt 2 der Tagesordnung mit Zustimmung von Oberbürgermeister Gerich eine Erklärung zur Handlungsfähigkeit des Revisionsamtes ab.

Auf den Einwurf von Stv. Diers, dass diese Erklärung sehr gestellt wirkt, berichtet Oberbürgermeister Gerich, dass dies keine bestellte Erklärung sei, sondern Herr Buch ihn aufgrund der Presseberichterstattung gebeten habe, diese Erklärung abgegeben zu dürfen. Dieser Bitte sei er, Oberbürgermeister Gerich, nachgekommen.

Die Erklärung von Herrn Buch ist Anlage zur Niederschrift über die heutige Sitzung.

Stv. Ruf fasst die anschließende Diskussion über die Erklärung zusammen und erklärt dazu:

Ich darf hier feststellen, dass wir, was die kommenden Haushaltsberatungen angeht, offensichtlich Einigkeit haben.

Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen an der einen oder anderen Stelle Entscheidungen getroffen, was Personalzusetzungen angeht. Das ist unsere Verantwortung, da müssen wir uns, wir sind die einzigen, die über den Haushalt entscheiden, die wir da kritisieren müssen; das wir ganz offensichtlich, zumindest, wenn ich die Diskussion jetzt verfolgen, an einem Punkt vielleicht noch ein Stück weit eine andere Priorität hätten setzen müssen. Das ist das Eine, aber es scheint ja Einigkeit zu geben.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0035      19-F-05-0001

Ralph Schüler und Oberbürgermeister Sven Gerich - Urlaubsreise nach Spanien  
- Antrag der FDP vom 10.01.2019 -

Zu Beginn der Diskussion gibt Stv. Volk-Borowski folgende Erklärung ab:

**Protokollerklärung der SPD:**

Teile der in beiden Anträgen enthaltenen Fragen sind nach Auffassung des Rechtsamtes nicht zulässig, bzw. rechtswidrig. Andere Teile der Fragen sind bereits beantwortet. Deshalb spricht sich die SPD dafür aus, die Anträge für erledigt zu erklären.

Es entsteht eine Diskussion, in deren Verlauf es um die formale Behandlung von Fragen geht, die Ausschüsse an den Magistrat richten.

In Wiesbaden ist es jahrelang gelebte Praxis, dass Fragen von Ausschüssen vom Magistrat beantwortet werden, obwohl grundsätzlich nur die Stadtverordnetenversammlung Fragen an den Magistrat stellen kann.

Von dieser Praxis wird im vorliegenden Fall abgewichen, unterstützt von Gutachten der Kanzlei Andreä und Partner und einer gutachterlichen Stellungnahme des Rechtsamtes.

Dies führt zu Verwunderung im Ausschuss.

Stv. Hasemann-Trutzel führt aus, dass es in der Zeit ab 16.01.2019 17 Berichtsanträge von Ausschüssen an den Magistrat gegeben hat, die beantwortet wurden bzw. nicht beanstandet wurden.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Rolle der Ausschüsse in Bezug auf die Beauftragung des Magistrats bzw. in Bezug auf Fragen an den Magistrat Thema im Ältestenausschuss sein wird. Eine Beschlussfassung erfolgt in der heutigen Sitzung nicht.

Stv. Schwalbach beantragt, den Antrag, der im Ausschuss bereits beschlossen wurde, an die Stadtverordnetenversammlung zu überweisen, ihn dort beschließen zu lassen und dann den Magistrat um die Beantwortung der Fragen zu bitten.

Er erklärt, an OB Gerich gerichtet, dass Oberbürgermeister Gerich Stellung beziehen sollte, ganz gleich, ob der Revisionsausschuss Fragen stellen kann oder nicht.

OB Gerich weist darauf hin, dass er ganz unabhängig von der Beschlussfassung (Ausschuss oder Stadtverordnetenversammlung) keine Stellungnahme abgeben wird, weil die Staatsanwaltschaft ermittelt. Er bittet den Ausschuss abzuwarten.

Es entsteht danach eine Diskussion darüber, ob der Antrag komplett oder in Teilen der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zugeleitet werden soll.

Vors. Lambrou fragt die im Ausschuss vertretenen Fraktionen zu einem Meinungsbild, ob der Stadtverordnetenversammlung der Antrag aus dem Revisionsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 20. Februar 2019

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Stv. Hasemann-Trutzel plädiert dafür, die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung möglichst im nächsten Sitzungszug zu ändern (Aufträge an den Magistrat - Ausschuss oder Stadtverordnetenversammlung).

Stv. Volk-Borowski schlägt vor, die Punkte des Antrages einzeln abzustimmen und schlägt zu den einzelnen Punkten mögliche Abstimmungen vor.

Stv. Kienast-Dittrich schlägt vor, dem Antrag der FDP zuzustimmen und bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu überlegen, ob alle Fragen sein müssen.

Stv. Diers schlägt vor, den Antrag in Gänze zu beschließen und an der Stadtverordnetenversammlung auf Tagesordnung III vorzulegen. Stv. David weist darauf hin, dass am 16.01.19 noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet war.

Stv. Volk-Borowski weist darauf hin, dass Oberbürgermeister Gerich am 25.01.2019 eine persönliche Erklärung abgegeben hat. Er beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte 1 b) bis 1 f) komplett, da es hierzu eine Erklärung des Oberbürgermeisters gibt und der Magistrat auch nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung nichts sagen kann und der restlichen Punkte (1 a), 2, 3 und 4 komplett).

Auf eine Äußerung von Vors. Lambrou erklärt Stv. Hasemann-Trutzel, dass der Vorsitzende grundsätzlich versucht, die Sitzung besonnen zu führen, aber der Begriff „Filzbaden“, der erwähnt wurde, gehe nicht. Außerdem widerspricht Vors. Lambrou mit seiner Äußerung dem Grundsatz der Unschuldsvermutung.

Stv. Diers erklärt, dass seine Fraktion mit der getrennten Abstimmung einverstanden ist.

### Der gesamte Ausschuss vertritt folgende Auffassung:

Mit der Überweisung des Antrages in die Stadtverordnetenversammlung stimmen wir nicht der Auffassung des Rechtsamtes und des vorgelegten Gutachtens in Bezug auf die Rechte und Zuständigkeiten der Ausschüsse und insbesondere des Revisionsausschusses zu.

Der Antrag wird getrennt wie folgt abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt:

#### getrennte Abstimmung:

Ziffern 1.a, 2, 3, + 4 einstimmig angenommen

Ziffer 1.b - f gegen SPD + Stv. Pfeifer bei Enth. Stv. Hasemann-Trutzel, Kienast-Dittrich + Dr. Völker angenommen

---

Nach der Diskussion von Punkt 2 der Tagesordnung schlägt Vors. Lambrou eine Pause vor. Stv. Hasemann-Trutzel spricht sich gegen eine Pause aus und schlägt vor, die übrigen Punkte zu vertagen.

Stv. Volk-Borowski beantragt, Punkt 3 zu vertagen und ihn dann wieder aufzurufen, wenn der Bericht des Beteiligungsausschuss vorliegt und dann beide Berichte gemeinsam zu beraten.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Stv. Diers beantragt, Punkt 3 von der Vertagung auszunehmen und den Berichtsentwurf kurz zu beraten.

Zunächst wird darüber abgestimmt, die Punkte 3, 4 und 5 der heutigen Sitzung auf die nächste reguläre Sitzung des Revisionsausschusses zu vertagen. Stv. Diers bittet vor der Abstimmung erneut darum, Punkt 3 von der Vertagung auszunehmen, da der ursprüngliche Prüfauftrag überdehnt sei und der Auftrag klargestellt werden müsse.

Der Antrag auf Vertagung der Punkte 3, 4 und 5 wird gegen die Stimmen von SPD, FDP und Stv. Lambrou bei Enth. von Stv. Kisseler abgelehnt.

Stv. Volk-Borowski weist darauf hin, dass der Antrag auf Vertagung von Punkt 3, bis der Bericht des Beteiligungsausschusses vorliegt, noch im Raum steht. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen von SPD, L&P und Stv. Dr. Lork bei Enth. von Stv. Kisseler abgelehnt.

Stv. Diers beantragt daraufhin, die Punkte 4 und 5 auf die reguläre Sitzung am 20.03.2019 zu vertagen.  
Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der SPD bei Enth. von Stv. Kisseler angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung kommt zum Aufruf.

0036      18-F-05-0055

Schaden von der Stadt abwenden - Vorwürfe durch Konzernrevision prüfen lassen  
-Antrag der FDP vom 20.11.2018 -

Zu dem Antrag der FDP liegt ein schriftlicher Berichtsentwurf vor, der zur eingehenden Diskussion führt, wie kleinteilig der Antrag ausgelegt werden soll bzw. was konkret an Berichten gefordert werden soll.

Nach eingehender Diskussion wird der ursprüngliche Antrag geändert bzw. ergänzt und in geänderter Form wie folgt beschlossen:

Der Beschluss des Revisionsausschusses Nr. 0129 vom 28.11.2018 zu dem Antrag der FDP vom 20.11.2018 betr.

Schaden von der Stadt abwenden - Vorwürfe durch Konzernrevision prüfen lassen

wird in Punkt 2. wie folgt geändert (Ziffer 4 geändert, Zusatz neu aufgenommen):

1. Ziffer 1 bis 3 des Antrages gelten als eingebracht (unverändert).
2. Ziffer 4 wird in folgender Form angenommen:

Bestanden in den letzten fünf Jahren entweder beiderseits gewerbliche und/oder unternehmerische (inklusive Freiberufler) Beziehungen zwischen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zu städtischen Gesellschaften und wenn ja, in welchem Umfang?

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 20. Februar 2019

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Der Magistrat wird vorab prüfen, ob datenschutzrechtliche Bedenken entgegenstehen.

Einstimmig

**0037            18-F-05-0050**

Klarheit schaffen - Beschluss umsetzen  
- Antrag der FDP vom 20.11.2018 -

Die Beratung des Antrages wird aus Zeitgründen auf die Sitzung des Revisionsausschusses am 20.03.19 vertagt.

gegen SPD bei Enth. Stv. Kisseler angenommen

**0038            19-A-19-0001**

Fragen zur aktuellen Situation im Revisionsamt

Der Punkt wird aus Zeitgründen auf die Sitzung des Revisionsausschusses am 20.03.2019 vertagt.

gegen SPD bei Enth. Stv. Kisseler angenommen

Anlagen

Wiesbaden,                      .03.2019

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

Lambrou

Koba